



für Schlesien

mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Kundfunk“, „Sozialistische Literatur-Rundschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ und der monatlichen Beilage „Junge Kämpfer“

Bezugspreis: Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expedition: Blumstraße 4/6, durch die Verhandlungen der „Volkswacht“, Neue Graupenstraße Nr. 5 und Neue Tiefenstraße 17, Matthäusstraße 135, sowie durch alle Buchläden zu bestehen.

Bezugspreis im voraus zu entrichten wöchentlich 0,42 Rm. + 8 Pf. Träger.

Jahr: 0,50 Rm., monatlich 1,25 Rm. + 8 Pf. Trägerlohn. 2,10 Rm. Durch

die Post einzigt Zustellungsgebühren 0,46 Rm.

Anzeigenpreis: 20 Millimeter für geschäftliche Anzeigen aus Schlesien zu 12 Pf. auswärts 17 Pf. Einzelne unter 10 Pf. Familienanzeigen, Stellenangebote, Siedlungssuche, Vereins-, Versammlungs- und Wohnungs-Anzeigen 10 Pf. Kleine Anzeigen pro Wort 4 Pf., das letzte Wort 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Blumstraße 4/6 oder in den Zweigstellen abgegeben werden.

Organ für die werktätige Bevölkerung

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2

Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle 21732, Nebaktion 21738

Postcheck-Konto: Postcheck-Amt Breslau Nr. 5852.

Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Filz. Breslau

Unverlangt eingelassene Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Rückporto beiliegt

Die Deutschnationalen am Zaun

Breitscheid beweist ihre Heuchelei — Sie haben in der Außenpolitik nichts getan, als sie in der Regierung waren

Berlin, 20. November. (Eigener Bericht.)

Der Reichstag setzte am Dienstag die außenpolitische Debatte fort. Zu den vorliegenden Anträgen ist noch ein nationalsozialistischer Misstrauensantrag gegen den Reichsausßenminister Dr. Stresemann hinzugekommen.

Abg. Münzenberg (Kom.) führt aus: In Genf habe die deutsche Außenpolitik ein vollständiges Fiasko erlitten. Von einem bloßen Rückschlag könne man nicht reden. Die deutsche Delegation habe vielmehr, ohne irgendwelche ihrer Forderungen zurückzusehen, ein ganzes Blatt einer Verpflichtung übernommen. Die deutsche Außenpolitik verfolge das Ziel, Deutschland in den Bund der westlichen kapitalistischen Mächte gegen Sowjet-Rußland einzugliedern.

Abg. Frhr. v. Rheinbaben (D. Bp.): Die Volkspartei ist mit den Ausführungen des Ministers einverstanden. Deutschland hat jetzt den Kampf für sein Recht auszufechten. Es ist notwendig, dass dieser Kampf auch durch die deutsche Volksvertretung unterstützt wird. Wir kommen nicht weiter, wenn jede Partei ihre Sonderforderungen stellt, wenn sozusagen jeder Deutsche seine eigene Außenpolitik treibt. Wir müssen uns zunächst auf dieselben Forderungen einigen, die eine Aussicht auf Verwirklichung haben, weil sie auch im Interesse der übrigen Länder liegen. Graf Westarp verlangt Schluß mit der Locarno-Politik. Wir sagen dagegenüber: Deutschland ist durch diese Politik gefährdet worden gegen eine Wiederholung eines Ruhr-Einbruchs. Deutschland hat seinen wirtschaftlichen Wiederaufstieg nur unter der Locarno-Politik beginnen können, weil Locarno uns eine gewisse Sicherung gegen Verhältnisse mit den Mächten bietet. Es wäre die größte Dummheit, wenn wir verlaufen würden oder nicht verlaufen würden, uns von der Locarno-Politik zu trennen. Wir halten an der Locarno-Politik fest.

In der Reparationsfrage ist die Verhandlungsposition Deutschlands gegenüber der Zeit vor Locarno verbessert. Eine Zustimmung Deutschlands ist keine Lösung möglich. Der von Locarno eingenommene Standpunkt wird von objektiven Sachverständigen nicht akzeptiert werden. Wir wünschen, dass auch die deutsche Landwirtschaft durch Sachverständige bei den Verhandlungen vertreten wird. (Abg. Dr. Breitscheid (Soz.): „Und die Arbeiter?“) Die Interessen der Arbeiter werden mit vertreten durch die Männer, die die Gesamtinteressen der Wirtschaft vertreten, nicht etwa einseitig die Arbeitgeber-Interessen. Die deutsche Volkspartei behält sich eine nüchterne Prüfung des Ergebnisses der Sachverständigenberatungen vor.

Abg. Dr. Breitscheid (Soz.):

Seit drei Jahren sind die außenpolitischen Debatten im wesentlichen die gleichen geblieben. Der Unterschied war nur, dass die Deutschnationalen, je nachdem sie Regierungspartei oder Opposition waren, bald die sanfte Trommel, bald die Trompete gespielt haben. Unsere Partei hat ihre Außenpolitik und deren Ton nicht geändert.

Die Mehrheit des Hauses hat in den letzten drei Jahren an der Kontinuität unserer Außenpolitik festgehalten; die einzelnen Parteien vielleicht aus verschiedenen Motiven. Die einen, weil wie bei uns, der Friedensgedanke ihren Grundsätzen entspricht, — die anderen, weil sie keinen anderen Weg als den bisher begangenen wissen. Sofern eine andere Politik verlangt wurde, ist dieses Verlangen immer in den Anfangsreden geblieben und auch am Montag hat Graf Westarp nicht gesagt, worin diese andere Politik eigentlich bestehen soll. Was unsere speziellen deutschen Forderungen in der internationalen Welt betrifft, sind wir in den letzten drei Jahren nicht wesentlich weiter gekommen, dagegen und auf den Gebieten der allgemeinen Friedensicherung und der Friedensverhinderung Fortschritte gemacht worden. Der Frieden in Europa ist sicherer als im Anfang dieser Periode, da jeder Krieg und jede Kriegsgefahr mehr und mehr zur Angelegenheit aller Staaten geworden ist und außerdem ist die vertragssichere Sicherung gegen den Ausbruch eines Krieges von Jahr zu Jahr stärker geworden. Diese Tatsache allein widerlegt schon jene Behauptungen Westarps, dass die ganze Politik, die von Locarno ihren Ausgang genommen hat, von Grund aus verschleift sei. Aber selbst wenn Graf Westarp damit Recht hätte, dass die erwarteten und verheissenen Erfolge ausgeblieben wären, so trägt doch er und seine Partei ebenfalls die Mitverantwortung für diese Politik. (Sehr wahr.) Die berühmten Richtlinien der Deutschnationalen bei der Regierungsbildung im Januar 1927 fordern zunächst Fortführung der bisherigen Außenpolitik im Sinne gegenseitiger Verständigung, Anerkennung der Rechtsgültigkeit der Vertragsvereinbarungen von Locarno, lokale gleichberechtigte Mitarbeit im Völkerbund. (Hört, hört!) Graf Westarp hat durch seine Unterschrift unter diese Richtlinien die Mitverantwortung für diese Politik übernommen.

Die Deutschnationalen werden doch der gegenwärtigen Regierung die Anerkennung nicht verweigern können, da sie keinem Bemüht hat aus der Stagnation unserer Außenpolitik herauszukommen.

Die Regierung hat in Genf die Forderungen nach der sofortigen und vollständigen Räumung des Rheinlandes für Debatte gestellt, während die Deutschnationalen immer wieder protestieren, dass etwas geschehen müsse, aber als sie die Möglichkeit dazu hatten, nichts getan haben.

Diese Regierung in der Sozialdemokratie

dunkel von Genf aufzuklären, sie hat die Forderung der sofortigen und totalen Räumung vor dem versammelten Kriegsvolk in Genf erhoben. Während der Genfer Tagung war nicht schon eine Erfüllung dieser Forderung zu erwarten, aber die Regierung hat, ganz gleich, wie die Antwort ausfällt, diese präzise Frage gestellt, und unser Anspruch auf die sofortige und vollständige Räumung energisch vertreten. Gerade Leute, die frühe Gesten und stolze Worte fordern, müssten das doch anerkennen. (Sehr richtig.)

Es ist nun in Genf, da die vollständige Räumung nicht zu erlangen war, die Frage aufgeworfen worden, ob nicht wenigstens eine teilweise Räumung möglich wäre. Darüber ist unter Delegierten und Journalisten verschiedener Nationen gesprochen worden. Das hat sich gestern Graf Westarp „verbeten“ und er hat aus einem Artikel von mir im „Vorwärts“ zitiert, ich hätte selbst zugegeben, in Genf Verhandlungen geführt zu haben. Dabei steht in diesem Artikel ausdrücklich nur etwas von privaten Unterhaltungen, die doch wohl etwas anderes sind als Verhandlungen. (Widerspruch rechts.) Dann fragen Sie doch ihren Fraktionskollegen Professor Hirsch, der in den letzten Jahren in Genf mit mir war und an zahlreichen derartigen privaten Unterhaltungen teilgenommen hat. (Sehr wahr.) Gerade als parteizentristische Mitglieder der Delegation, haben wir das Recht und sogar die Pflicht, ungehindert durch offizielle Bindungen mit der Gegenseite zu reden und uns mit ihr zu unterhalten. Selbstverständlich ist, dass dabei grundsätzlich an dem deutschen Standpunkt festgehalten wird und dass wir uns bemühen, die Meinung der anderen feststellen, ja, dass wir dabei auch ver suchen, ob eine Mittellinie zu finden ist, auf der man sich einigen könnte. Wir haben auch nie unterlassen, von diesen Unterhaltungen und ihrem Inhalt den zuständigen beauftragten Persönlichkeiten Mitteilung zu machen. Wenn Westarp sich das verbietet, so ist er in seinen Kompetenzen. Herr Graf Westarp, mein Korporalschaftsführer, findet Sie nicht (große Heiterkeit) und im Gegensatz zu manchen Ihrer Fraktionsmitgliedern ist mir das, was der Graf beschlossen hat, vollkommen Heluha! (Lebhafte Zustimmung und große Heiterkeit.)

Obwohl die Räumung mit der Reparationsfrage nichts zu tun hat, wäre es doch töricht gewesen, nachdem die Räumung abgelehnt worden war, eine Diskussion über die Reparationsfrage abzuweisen. Sie ist geführt worden und wir stehen jetzt bereits mindestens in den Vorverhandlungen. Die

Standpunkte der Engländer und Franzosen weichen nicht unbedeutlich voneinander ab. Die Engländer wollen von Deutschland hören, dass sie ihre Schulden an Amerika zahlen können, die Franzosen dasselbe und darüber hinaus noch eine große Summe für die zerstörten Gebiete. Es besteht hier eine weitgehende Übereinstimmung darüber, dass es heute nicht mehr möglich ist, einseitig französische Forderungen uns aufzuerlegen. Es kann sich bei der Beratung der Sachverständigenkommission nicht nur um die Forderungen der anderen, sondern es muss sich ebenso um die Leistungsfähigkeit Deutschlands handeln. Graf Westarp hat Recht darin, dass die deutsche Wirtschaft in einem großen Grade eine Schwäche erlebt. Wir hoffen, dass die Deutschnationalen daraus die richtige Konsequenz ziehen und nicht einen schon hinterfragten Teil der Wirtschaft mit ungeheuren Staatszulohnungen unterstützen wollen, die doch auch von den Steuerzahler aufgebracht und aus der deutschen Wirtschaft genommen werden müssen. Ich könnte mir denken, dass aus solchen gewaltigen Subventionenzahlungen auf der anderen Seite der Schluss gezogen würde, da könne es doch Deutschland nicht mehr sehr schlecht gehen. (Sehr richtig links.) Die Auseinandersetzung im Sachverständigenausschuss wird nicht leicht und nicht einfach sein, sie dürfte deshalb auch nicht so schnell beendet werden, wie man vielleicht glaubt. Forderst man die Zusage von landwirtschaftlichen Interessenten oder Sachverständigen in irgend einer Form, so wird auch

das Verlangen nach Vertretung der Arbeiterinteressen nicht abgelehnt werden können. Wir glauben nicht an die Gemeinsamkeit der Interessen der Arbeiter und der Unternehmer; aber wenn man sie behauptet, wie der Vorredner, warum überlässt man dann nicht der Arbeitervertretung auch die Wahrnehmung der Arbeiterinteressen. (Sehr gut bei den Soz.) Werden also irgend welche Interessenvertreterstand, dann wird die Arbeiterschaft dasselbe für ihre Interessen fordern, womit ich aber nicht unbedingt für eine Erweiterung des Sachverständigen-Gremiums überhaupt eintreten will. Vom deutschen Standpunkt aus wünschen wir, dass die Sachverständigen politisch nicht gebunden seien, auch nicht an Weisungen ihrer Regierungen, sondern dass sie aus ihrer persönlichen Kenntnis der wirtschaftlichen Verhältnisse entscheiden. Aber diese Tribune hier ist eine politische und wenn wir Aussichtnahme der Politik fordern, so dürfen wir nicht wie Graf Westarp von hier aus die Sachverständigen an bestimmte Forderungen zu binden versuchen. (Sehr richtig.) Das große Interesse der Arbeiterschaft an einer Neuregelung der Dawes-Verschreibungen ist unbestreitbar, aber wir haben oft genug gesehen, dass die Unternehmer allzu leicht geneigt sind, die Dawesverschreibungen zur Begründung der Ablehnung von Arbeitserfordernissen zu gebrauchen und diese Verschreibungen gerade bei solchen Anlässen zu entdecken. (Sehr wahr bei den Soz.)

In der

Der Kampf geht weiter!

Eine Bemerkung zum Beschluss des Parteiausschusses

A. Kr. Wir haben unmittelbar nach der Ablehnung des sozialdemokratischen Antrags auf Einstellung des Baus des Panzerkreuzers A durch den Reichstag am vergangenen Freitag den Standpunkt vertreten, dass der Kampf um die Nichtdurchführung des Baus des Panzerkreuzers A auch nach diesem Beschluss des Reichstages weitergeführt werden und deshalb zunächst bei der Beratung des nächsten Reichstags im Reichstag wieder aufgenommen werden muss. Wir müssen dann um die Streichung der zweiten Kette für den Panzerkreuzerbau im Reichstag für 1929 kämpfen. Wie aus unserer Dienstablage hervorgeht, hat der Parteiausschuss in dieser Frage am Montag keinen Beschluss gefasst. Er hat sich darauf beschränkt, die Haltung der Reichstagsfraktion bei den letzten Reichstagsverhandlungen zu billigen, und zwar wurde, wie wir hören, dieser Beschluss einstimmig gefasst. Er hat ferner beschlossen, dass der Parteiausschuss wieder zusammentreten soll, wenn die Verhandlungen zur Umbildung der Reichsregierung aufut werden.

Wir bedauern es lebhaft, dass der Parteiausschuss zu der Frage der Weiterführung des Kampfes um den Bau des Panzerkreuzers A keine Stellung genommen hat. U. G. hätte er auch zu dieser Frage unbedingt Stellung nehmen müssen, damit die politische Linie der Partei in dieser Frage klar lag. Warum die Fortführung des Kampfes notwendig ist, brauchen wir nicht noch einmal zu begründen. Nachdem aber, wie von uns hier bereits mitgeteilt, der „Sozialdemokratische Presseleinheit“ und auch wie noch ergänzend hier mitgeteilt werden muss, der „Vorwärts“ nach dem Beschluss des Reichstages vom Freitag den Standpunkt eingenommen hat, dass der Kampf um den Panzerkreuzer mit diesem Beschluss zu Ende sei, weil der Reichstag endgültig entschieden habe, müssen wir ausdrücklich feststellen, dass wir auf diesem Standpunkt nicht stehen und den Kampf weiterführen werden, zumal auch dadurch, dass der Parteiausschuss in dieser Frage keinen Beschluss gefasst hat, allen einzelnen Parteigenossen im Lande ausdrücklich der Weg freigegeben ist, den Kampf weiterzuführen. Hatte er das nicht gewollt, so hätte er das Gegenteil ausdrücklich befürworten müssen.

Ist seit langer Zeit ein Stoden zu verzeichnen. Ich sehe auch den weiteren Absturzungsberatungen mit angesetzter Sitzung entgegen. Selbst wenn die Absturzkommission einberufen wird und ein Ergebnis hat, wird immer noch eine gewisse Differenz zwischen unserer Absturzung und der der anderen bestehen. Aber so bedeutungsvoll die Absturzung auch ist, um die Kriegsgefahr zu vermindern, viel wichtiger noch ist die Stärkung der Idee der Internationalen Schiedsverträge. Es ist unsinnig, zu fragen, was zuerst kommt, Sicherheit oder Absturzung. Niemals wird Einigkeit darüber zu erzielen sein, ob die Sicherung der verschiedenen Nationen tatsächlich so stark geworden ist, dass die effektive Absturzung erfolgen kann. Wir wollen die Absturzung, aber wir werden gleichzeitig alles tun, um die Sicherheit zu fördern, durch die Garantie der vertragsmäßigen Bindungen, und der obligatorischen Schiedsgerichtsbarkeit. Kommt es zu einer nur teilweisen Absturzung, so können wir uns auf den Standpunkt stellen, die anderen Völker zu bedauern, dass sie derartige Lasten auf sich nehmen, wir aber haben nicht die Konsequenz zu ziehen, Deutschland wieder aufzurüsten, um die Differenz auszugleichen. (Sehr richtig links.)

Der Kelloggplatz hat gewiss auch bei meinen Freunden Sympathie, aber er ist doch nicht zu überhöhen. Moralisch hat er großen Wert, er ist eine schöne Geste, leidet aber an dem Mangel, dass die Vereinten Nationen dem Völkerbund nicht angehören und dessen Apparat der Friedensvermittlung nicht bilden. Wesentlich ist bei dem Kelloggplatz wie bei allen Verträgen, dass die Völker selbst dahinter stehen, dass sie den Willen haben, die Verträge zur Durchführung zu bringen. Das Wesentliche ist, dass die Völker sich darüber klar werden und nicht die Regierungen allein, doch jeder Krieg ein internationales Verbrechen ist. (Gebt Zustimmung.) Die Völker müssen die Konsequenzen denjenigen Staat als Zugelassener betrachten, der bis unter Einweglegung über die Möglichkeiten der Friedensvermittlung zum Krieg verleitet läuft. Und das derzeitige der das tut nicht nur vor der internationalen Welt außerhalb des Rechtes soll, sondern dass sein eigenes Volk in dieser Angewandt das Recht erhält, zur Beeinträchtigung des Krieges alle Mittel des Krieges gegen eine beteiligte Regierung anzuwenden. (Gebt Zustimmung links.) Der Kelloggplatz und die missive Zustimmung links.

TRYD 5

Qualität lohnt sich

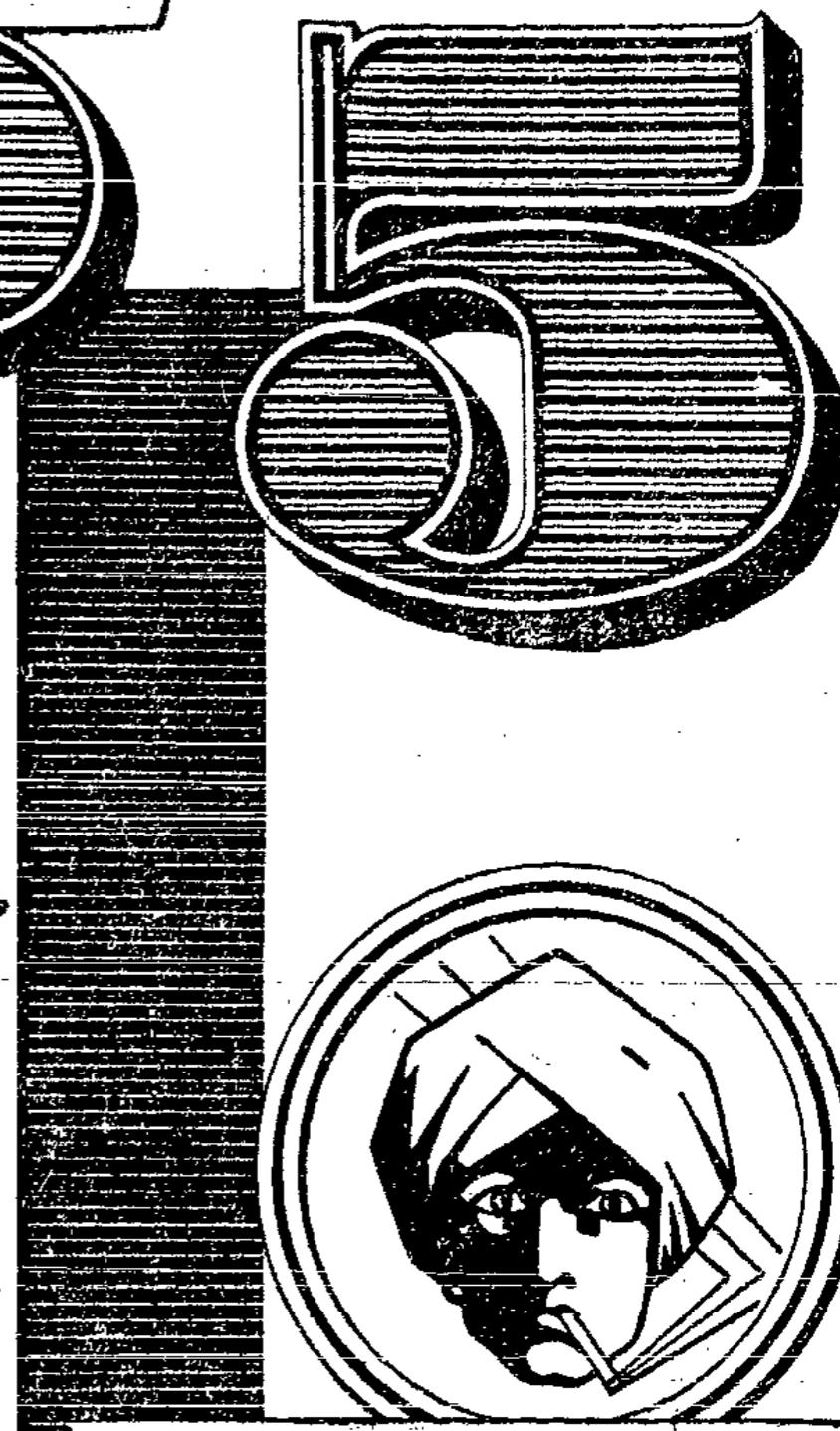
Die offizielle Statistik zeigt, daß unser Umsatz sich von Jahr zu Jahr etwa verdoppelt, so daß wir 1928 mehr als das 30fache gegenüber dem Jahre 1922 absetzen können. Keine andere Zigarettenfabrik hat eine derart rapide Entwicklung zu verzeichnen. Wir verdanken diesen beispiellosen Erfolg in erster Linie der unerreichten Qualität unserer Zigaretten, die auch in der neuen GREILING-TYP 5 mit Edelweiss-Mundstück zum Ausdruck kommt.

Mundstücklose Zigaretten haben den Vorzug, das zartblumige Aroma edlen Orient-Tabaks voll und rein zu entwickeln und werden deshalb fast nur in den höheren Preislagen gefertigt. Der Feinschmecker greift hiernach, obwohl er weiß, daß Papier an den Lippen klebt oder aufweicht.

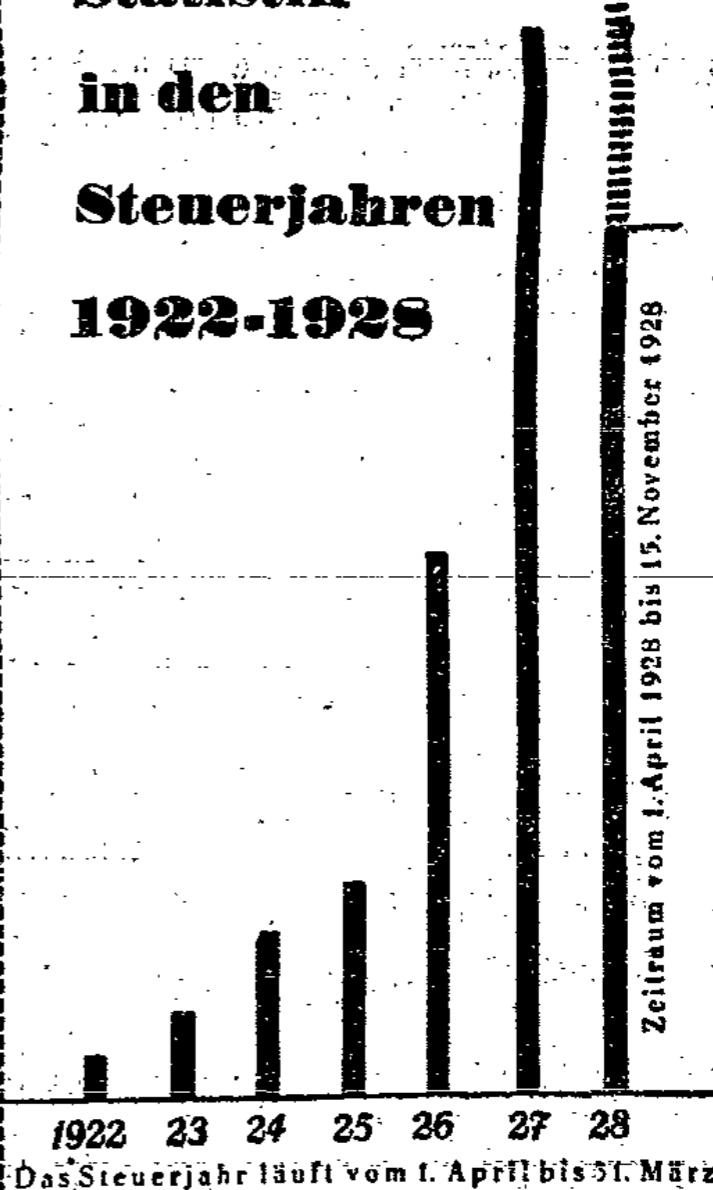
Geschmackfrei wie Kristall ist auch das gesetzlich geschützte Edelweiss-Mundstück aus hauchdünнем Film, welches der GREILING-TYP 5 das dezente Aussehen einer mundstücklosen Zigarette verleiht, aber nicht klebt, nicht abfärbt.

Anspruchsvolle Raucher wählten TYP 5 zur Standardmarke, denn sie ist edel wie eine kostbare Fest-Zigarette. Machen Sie einen Versuch und vergleichen Sie die Qualität mit anderen 5 und 6 Pfg.-Zigaretten. Sie werden keine finden, die TYP 5 übertrifft.

GREILING



Umsatz
auf Grund
der offiziellen
Statistik
in den
Steuerjahren
1922-1928



Familien-Anzeigen

Am 19. November verschied nach langen Leiden unter Mitglied, der Distriktswirt des Distrikts 37

Gastwirt

Carl Martin

im Alter von 69 Jahren. 2939

Ehre seinem Andenken!

Sozialdemokratische Partei Deutschlands

Ortsverein Breslau

Beerdigung: Freitag, den 23. November, nachm. 11 Uhr, von der Leichenhalle des Bernhardinifriedhofes aus. Trauerhaus Schönsstraße 60.

Verband der Nahrungsmittel- u. Getränkearbeiter.

Nach schwerem Leiden verschied Dienstag, den 20. Novbr., unser langjähriges Mitglied, der Kollego

Ernst Hübner.

Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm die

2938 Die Ortsgruppe Breslau.

Beerdigung: Freitag, 23. Novbr., nachm. 3½ Uhr, in Dürrgoy. — Trauerhaus: Brockauer Str. 4, 1. Etg.

Verband der Gemeinde- u. Stadtarbeiter

Am Sonntag, dem 18. November, morgens 11½ Uhr, verstarb unser Kollege

Paul Elsner

im Alter von 48 Jahren. 2940

Ehre seinem Andenken!

Die Ortsverwaltung Breslau.

Beerdigung: Donnerstag, nachmittags 2½ Uhr, von der Halle des St. Nikolai-Friedhofes in Cosel.

Jetzt wieder 9-1 u. 3-6

Sonntags 11-12 Tel. 20141

Zahn-Arzt

Dr. Kuno Walter

Zwingerplatz 1, gegenüber vom Schloßcafé

Warum den Kopf zerbrechen?

Was Sie auch schenken wollen
an Bett-, Tisch- oder Leibwäsche, Strickwesten, Trikotagen,
Strümpfen, Handschuhen, alle Arten Schürzen, Arbeitshoschen,
Blusen, Bettdecken, Gardinen, Stoffbahnen, Lingeum,
Wachstücher — Sie finden immer größte Auswahl bei
8115 Leinen- u. Wäschehaus **Fritz König** Rosenthaler
Straße 22. Seit fast 30 Jahren bekannt als gut — reell — kulant.

KOCHS **Nähmaschinen**

für Haushalt, Heimarbeit u. Gewerbe
10 Mark 2,50 wöchentliche
Anzahlung. 2,50 Ratenzahlung

Jos. Greulich, Mechanikermstr.
8115 Herrenstraße 24. Tel. 50765
Eigene Reparaturwerkstatt

Lederjacken

38.— 48.— 58.—
Gebr. Tischler, Taschenstr. 9
1618 Spezialgeschäft

Seefische noch billiger

8116 in der „Nordsee“

Böhmer Str. 2, N. ne Schweiditzer Str. 5a,
Schmiedebrücke 19, Anderseitsstraße 2,
Graichenner Straße 6.

Donnerstag, Freitag, blutfrisch
Goldbarsch ohne Kopf Pfund 32

Seelachs ohne Kopf Pfund 40

Kabeljau ohne Kopf Pfund 70

Scheffisch ohne Kopf Pfund 70

Koteletts ohne Kopf Pfund 70

Lebende **Karpfen**, **Schleie**, **Herrnie**, **Aale**, hochfleische **Zander** und **Herrnie**

Mitai Sprotten 1/4 Pf. 20 g
1 Pfund netto Kleinken 76

geräucherter Scheffisch, Seelachs
Goldbarsch, Fettfischfilet

Bettfedern gewaschen, staubfrei und gutfüllend

Meine Betten, Inlets, Bettwäsch empfohlene gute Qualitäten, außerbillige Preise

Bettenhaus Liebich Neue Taschenstraße Nr. 1b
(Schäppi von Villeroy & Boch)

Zur Bettreinigung empfehle ich meine
moderne, neuzeitliche Maschine

Für die Reinigung verantwortlich: Stadt Breslau, für die Anzeige: Druck Zwickau.

Am Montag, dem 19. November, nachmittags 5¼ Uhr, entschlief sanft nach langem, schwerem, mit großer Geduld erfragtem Leiden mein inniggeliebter Mann, unser herzensguter, treusorgender Vater, Großvater, Schwiegervater, Bruder, Schwager und Onkel, der **Gastwirt**.

Carl Martin

kurz nach seinem 69. Geburtstage.

Breslau-Dürrgoy, Schönstr. 80, den 20. November 1928.

In tiefstem Schmerz:

Die trauernde Gattin **Clara Martin**, geb. Sommer
nebst Kindern und Anverwandten.

Beerdigung: Freitag, den 23. November, nachm. 1½ Uhr, von der Halle des Bernhardinifriedhofes, Dürrgoy, nach dem Gemeindefriedhof.

1116

Sonntag, den 25. November
vormittags 11.30 Uhr, im Breslauer Konzerthause

Gedenkfeier

zu Ehren der Toten des Weltkrieges
im besonderen der Helden von Langemarck
veranstaltet vom Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge
gemeinsam mit der Studentenschaft der Universität und
der Technischen Hochschule

Alles Nähere über Mitwirkende, Redner, Verkauf usw.
bringen die Plakate an den Anschlagsäulen!

11443

So klein
dieses Ausnahmangebot ist
So groß
find die Preisvorteile

BERUFSKLEIDUNG

Windjacke aus gutem
imprägnierten Zelt-
stoff, moderne
Form 6,90

Berufsmantel
Nessel, naturfarbig,
gute Qualität 5,50

Schutzmantel
Cöper, weiß, dauer-
hafte Qualität 6,90

Monteuranzug
blau, prima Drill 6,50

Rudolf Petersdorff

BRESLAU - ORAUSERSTRASSE - SCHLOßKÖCHE

Druderei Boltswacht

Moderna zweiflügelige und langlebige
Ausführung aller Drudelachen
preiswert und bei fürgericht Lieferzeit

Breslau 2, Flurstraße 4/6.

EINHEIT 17. und 28. Dezember

Arbeiter-
Wohlfahrt
Ostpreußens

50

Doppellose 1,- RM.

Posto und Lette 30 Pf. extra

13500 Goldstücke u. 2 Pfennige
im Gesamtwert von RM.

500000

Hochglanzgold auf die Doppel-
seite im Wert von RM.

70000

Hochglanzgold auf die Rück-
seite im Wert von RM.

35000

2 Hauptpreise im Wert
von je RM.

25000

2 Hauptpreise im Wert
von je RM.

15000

1. 2. 3. 4. 5. 6. 7. 8. 9. 10. 11. 12. 13. 14. 15. 16. 17. 18. 19. 20. 21. 22. 23. 24. 25. 26. 27. 28. 29. 30. 31. 32. 33. 34. 35. 36. 37. 38. 39. 40. 41. 42. 43. 44. 45. 46. 47. 48. 49. 50. 51. 52. 53. 54. 55. 56. 57. 58. 59. 60. 61. 62. 63. 64. 65. 66. 67. 68. 69. 70. 71. 72. 73. 74. 75. 76. 77. 78. 79. 80. 81. 82. 83. 84. 85. 86. 87. 88. 89. 90. 91. 92. 93. 94. 95. 96. 97. 98. 99. 100. 101. 102. 103. 104. 105. 106. 107. 108. 109. 110. 111. 112. 113. 114. 115. 116. 117. 118. 119. 120. 121. 122. 123. 124. 125. 126. 127. 128. 129. 130. 131. 132. 133. 134. 135. 136. 137. 138. 139. 140. 141. 142. 143. 144. 145. 146. 147. 148. 149. 150. 151. 152. 153. 154. 155. 156. 157. 158. 159. 160. 161. 162. 163. 164. 165. 166. 167. 168. 169. 170. 171. 172. 173. 174. 175. 176. 177. 178. 179. 180. 181. 182. 183. 184. 185. 186. 187. 188. 189. 190. 191. 192. 193. 194. 195. 196. 197. 198. 199. 200. 201. 202. 203. 204. 205. 206. 207. 208. 209. 210. 211. 212. 213. 214. 215. 216. 217. 218. 219. 220. 221. 222. 223. 224. 225. 226. 227. 228. 229. 230. 231. 232. 233. 234. 235. 236. 237. 238. 239. 240. 241. 242. 243. 244. 245. 246. 247. 248. 249. 250. 251. 252. 253. 254. 255. 256. 257. 258. 259. 260. 261. 262. 263. 264. 265. 266. 267. 268. 269. 270. 271. 272. 273. 274. 275. 276. 277. 278. 279. 280. 281. 282. 283. 284. 285. 286. 287. 288. 289. 290. 291. 292. 293. 294. 295. 296. 297. 298. 299. 300. 301. 302. 303. 304. 305. 306. 307. 308. 309. 310. 311. 312. 313. 314. 315. 316. 317. 318. 319. 320. 321. 322. 323. 324. 325. 326. 327. 328. 329. 330. 331. 332. 333. 334. 335. 336. 337. 338. 339. 340. 341. 342. 343. 344. 345. 346. 347. 348. 349. 350. 351. 352. 353. 354. 355. 356. 357. 358. 359. 360. 361. 362. 363. 364. 365. 366. 367. 368. 369. 370. 371. 372. 373. 374. 375. 376. 377. 378. 379. 380. 381. 382. 383. 384. 385. 386. 387. 388. 389. 390. 391. 392. 393. 394. 395. 396. 397. 398. 399. 400. 401. 402. 403. 404. 405. 406. 407. 408. 409. 410. 411. 412. 413. 414. 415. 416. 417. 418. 419. 420. 421. 422. 423. 424. 425. 426. 427. 428. 429. 430. 431. 432. 433. 434. 435. 436. 437. 438. 439. 440. 441. 442. 443. 444. 445. 446. 447. 448. 449. 450. 451. 452. 453. 454. 455. 456. 457. 458. 459. 460. 461. 462. 463. 464. 465. 466. 467. 468. 469. 470. 471. 472. 473. 474. 475. 476. 477. 478. 479. 480. 481. 482. 483. 484. 485. 486. 487. 488. 489. 490. 491. 492. 493. 494. 495. 496. 497. 498. 499. 500. 501. 502. 503. 504. 505. 506. 507. 508. 509. 510. 511. 512. 513. 514. 515. 516. 517. 518. 519. 520. 521. 522. 523. 524. 525. 526. 527. 528. 529. 530. 531. 532. 533. 534. 535. 536. 537. 538. 539. 540. 541. 542. 543. 544. 545. 546. 547. 548. 549. 550. 551. 552. 553. 554. 555. 556. 557. 558. 559. 550. 551. 552. 553. 554. 555. 556. 557. 558. 559. 560. 561. 562. 563. 564. 565. 566. 567. 568. 569. 560. 561. 562. 563. 564. 565. 566. 567. 568. 569. 570. 571. 572. 573. 574. 575. 576. 577. 578. 579. 580. 581. 582. 583. 584. 585. 586. 587. 588. 589. 58

Breslauer Nachrichten

Breslau, den 22. November 1928.

Vertreterversammlung der Partei

Im Mittelpunkt der am Dienstag in den Zentralhallen abgehaltenen Versammlung stand ein Referat des Genossen K. Pielisch über das „Konkordat in Preußen“. Genosse Pielisch behandelte das Thema — wie er einleitend ausführte — hier nicht vom Standpunkt des Freidenkers, sondern als Parteigenosse. Das Konkordat ist für die Sozialdemokratie eine grundsätzliche Frage. Da der Sozialismus nicht gleichbedeutend mit Atheismus ist, so ist es verständlich, dass die Ablehnung eines Konkordats nicht allgemein erfolgt. Nun will das Zentrum nach dem bayrischen auch ein preußisches Konkordat. Es will — wie aus dem Protokoll der Fuldaer Bischofskonferenz hervorgeht — nur eine günstigere politische Situation abwarten, um alle Forderungen durchzusetzen. Durch ein solches Konkordat erhält die Kirche vor allem eine dauernde Sicherung der finanziellen Zuflüsse vom Staat. Obgleich die Reichsverfassung keine Staatskirche anerkennt, sind durch Ausführungsbestimmungen der Kirche auch jetzt im weitgehenden Maße finanzielle Unterstützungen gesichert. So erhält die Kirche allein, unbeschadet kommunaler und provinzialer Zuwendungen, von Preußen jährlich 84 Millionen Mark, die will also bei diesem Betrag nicht stehen bleiben. Die Geldfrage ist jedoch nicht das entscheidende Moment; viel wichtiger für die Kirche und für uns weit gefährlicher, ist die durch ein Konkordat angestrebte ideologische Beeinflussung breiterer Bevölkerungskreise. Von dieser Seite droht der sozialistischen Kulturbewegung schärfster Kampf, der dann von staatlichen Geldern finanziert würde. Es ist ein offenes Geheimnis, dass auch mit diesen Mitteln das Defizit der katholischen Arbeitervereine gedeckt werden soll. Auch die beachtliche Vermehrung der Bischöfe würde eine finanzielle Mehrbelastung in nicht gerade geringem Umfang bedeuten.

Statt nun jetzt ein Konkordat abzuschließen, muss die Sozialdemokratie versuchen, die Rechte der freigeistigen Minoritäten zu verbessern. Der Blick ist besonders nach dem Oste zu richten, wo der Freidenker noch unter starkem Gewissensdruck steht. Hier hat der Dissident — noch abgesehen vom „organisierten“ Freidenker — überhaupt kein Recht für seine Überzeugung. Der Redner schwört nun aus seinen Berufserfahrungen einige Fälle aus den ländlichen Bezirken, die deutlich zeigen, dass die Kirche in der Praxis eine außerhalb des bestehenden Rechts bestehende eigene Rechtsordnung für sich in Anspruch nimmt. Indessen haben die Dissidenten, wie es so oft in jüngerer Zeit vorgekommen ist, in Oberflächen nicht einmal das Recht der Versammlungsfreiheit. Unter diesen Umständen muss ein Konkordat entschieden abgelehnt werden, denn durch ein solches würden die Rechte der Kirche zu unseren ungünstigen bedeutend erweitert werden. Ist es aber erst einmal geschaffen, so besteht die Gefahr, dass dann auch weiterhin noch Verbesserungen für die Kirche vorgenommen werden. Wir dürfen also unter keinen Umständen dem Gegner die Mittel zum Kampfe gegen uns in die Hand geben.

Nach dem sehr heftig aufgenommenen Referate präzisierte Genosse Hamburger die Stellung der Landtagsfraktion in der Frage des Konkordats. Die schon seit 2½ Jahren währenden Verhandlungen in Preußen um ein Konkordat, sind in den letzten Monaten in ein akutes Stadium getreten. Die Fraktion hält sich hierbei an die Beschlüsse des Kieler Parteitages, der bekanntlich den Abschluss eines Konkordats prinzipiell nicht ablehnt hatte. Die Fraktion aber wird entschieden ein Konkordat ablehnen, in dem Schulfragen und Auswertungsangelegenheiten geregelt werden. Was die Form anbe trifft, so wird angestrebt, keinen unländlichen Vertrag, sondern nur eine Vereinbarung in Form eines preußischen Gesetzes zu schaffen. Dagegen bietet die rein katholische Frage einer solchen Abmachung für uns keine unüberwindlichen Schwierigkeiten. Wegen Umlegung von Bischofsstühlen lohnt es sich nicht, in politische Kämpfe einzutreten. Unter allen Umständen wird sich die Fraktion bei all den Verhandlungen auch läufig hin an die Beschlüsse des Kieler Parteitags gebunden fühlen und alles vermeiden, was der weltlichen Schule und der Freidenkerbewegung schaden könnte.

Genosse Winzer spricht anschließend auch in ähnlichem Sinne. Er sieht in den Verhandlungen nicht die große Gefahr, wie Genosse Pielisch und unterstreicht von sich aus die Schlussausführungen des ersten Diskussionsredners. Nach einem Schlusswort des Referenten wurde nachfolgende, von ihm eingebrachte Resolution einstimmig angenommen:

1. Die Generalversammlung der Ortsgruppe Breslau der SPD verlangt von ihren Abgeordneten der Landtagsfraktion, dass diese jedes Konkordat mit der römischen Kirche ablehnen.
2. Die Landtagsfraktion solle in dieser Frage keinen Abstimmungzwang vornehmen.

Zu Beginn der Versammlung gab Genosse Krümm einen kurzen Überblick über die zuletzt gepflogenen Verhandlungen in der Kommunalpolitik und berichtete über die Neuobesetzung der durch den verstorbenen Stadtrat Neukirch freigewordenen Stadtratsstelle. Von der Versammlung wurde der Fraktion Genosse Schramm für diesen Posten empfohlen. Der Antrag auf Abschluss eines Genossen wegen parteischädigenden Verhaltens wurde dem Parteivorstand zur näheren Prüfung überwiesen. Der weitere Antrag, dem Distrikt 42 noch acht vollwertige Delegierte zuzuwenden, wurde mit dem Hinweis auf die demnächst stattfindenden Delegiertenwahlen erledigt.

Großkampftag im Geräteturnen

Wer als stiller Beobachter, wer als wahrer Kunstmfreund, wer als Fachmann oder Laien sich der vergangenen Kämpfe der Breslauer Arbeiterturner am Rücken, Barren und Pferd erinnert, der wird bezeugen müssen, in jeder Hinsicht auf seine Rechnung gekommen zu sein. Wer kennt nicht die alte Kunst des Turnens, wer hat nicht schon einmal probiert, selber probiert, ihrer mächtig zu werden! Ja, lieber Leser, ganz wenige, nur wenig sind es im Verhältnis zur Größe der Organisation, die vollständig über ihren Körper verfügen, die ihn spielen lassen zur Freude und zur Begleitung anderer und ihrer selbst. Betonung und Ausdauer sind es, die den Befähigten zum Kunstgeräteturner werden lassen. Nicht Sensationsdurst nach Sieg und Preis, wie es im bürgerlichen Sportlager heute der Fall ist, veranlasst uns, Spieldienstleistungen zu zeigen, sondern das Verständnis für alles Wahre und Schöne ist uns auch in dieser Beziehung Wegweiser und Leitfaden. Und wenn wir heute mitteilen, dass Deutschlands beste Klasse der Arbeiterturner sich am 25. November im Zirkus-Büch-Gebäude zu friedlichem Kampfe treffen, dann hoffen wir auch der Breslauer Arbeiterschaft eine Freude bereitet zu haben. Es sind dies der 5. Kreis (Thüringen), der 16. (Pausch) und der 14. Kreis (Schlesien). Deutschlands Länderrunde ist aus diesen Kreisen des Arbeiterturn- und Sportbundes zusammengestellt, so dass der Kampf als einer der besten von vornherein angekündigt werden kann, der jemals hier stattgefunden hat. Vorführungen moderner Körperfertigkeit, ausgeführt von der Kreisschule des 14. Kreises, werden das Programm vervollständigen.

Während wir mit dieser Veranstaltung eine Probe unserer Leistungsfähigkeit ablegen werden, wird unsere Jugend Dienstag, den 27. November ab 7.30 Uhr, im großen Saale des gesamten Gewerkschaftshauses im Interesse des gesamten Proletariats, für nur 20 Pf. sieh ein gutes Programm zur Verfügung. Wir erwarten alle Eltern und Erzieher, alle Heilsozialen und Genossen, die mit uns für die Besserstellung der Arbeiterschule

kämpfen, und rufen euch am Ende nochmals zu: Kommt alle, kommt zahlreich und seid euch der Tatsache bewusst, ein Stück Arbeiterbewegung gefördert und ein Stück Freiheit gestiftet zu haben.“ (Siehe Inserat.)

Wert und Nutzen der Volksfürsorge

Der 22-jährige Bäcker D., wohnhaft in Klein-Gandau, wollte seine Mutter in der Bismarckstraße besuchen. Er war im Begriff, auf seinem Fahrrad einen Straßenbahnhalt zu überholen, wobei ihn ein entgegenkommender Straßenbahnhalt erschlug. Mit einem schweren Schädelbruch wurde er ins Allgemeine Hospital eingeliefert und starb am nächsten Tage an den Folgen der Verletzungen. Auf Grund der Bedingungen bei Unfalltod konnte die Volksfürsorge an die Hinterbliebenen die doppelte Versicherungsumme im Betrage von 1120 Mark auszahlt, trotzdem die Versicherung erst wenige Monate bestanden hatte.

Der Werkmeister K. in Deutsch-Lissa, der in den Keramischen Werken in Diensten stand, verunglückte tödlich, indem er einen Treibriemen auf die im Betriebe befindliche Transmissionsseile auslegen wollte. In diesem Falle konnte die Volksfürsorge den Betrag von 1040 Mark auszahlt.

Diese Todesfälle geben uns Veranlassung, darauf hinzuweisen, dass noch viel zu wenig Arbeiter und Angestellte von den segensreichen Einrichtungen der Gewerkschaften Gebrauch machen. Jeder, der für seine Angehörigen zu sorgen hat, sollte versichert sein. Für gewerkschaftlich und ebenso genossenschaftlich organisierte Arbeiter und Angestellte kommt natürlich nur das eigene Unternehmen in Frage. Die Volksfürsorge wurde im Jahre 1913 von den freien Gewerkschaften und Genossenschaften gegründet und bietet die Versicherung zum Selbstkostenpreis. Alle Gewinne fließen den Versicherten zu.

Nächste Auskunft in den Büros der Gewerkschaften, den Verkaufsstellen des Konsum- und Sparverein „Vorwärts“ und bei den Vertrauensleuten sowie im Büro der Volksfürsorge, Breslau, Margaretenstraße 17, 1. Stock.

Reichstagsabgeordneter Genosse Peus-Dessau,
der in Anhalt Tausende von Arbeiter-Eigenheimen geschaffen hat, spricht heute Donnerstag, abends 8 Uhr, im kleinen Saale des Gewerkschaftshauses über „Einzimmerwohnung oder Eigenheim?“

Eine öffentliche Frauenversammlung

findet Montag, den 26. November, abends 8 Uhr, bei Bräuer, Gabitzstraße, statt. Thema: „Frauenfragen — Frauensorgen, der Kampf gegen § 218“. Rednerin Landtagsabgeordnete Kirschmann-Röhl aus Berlin. Jede Genossin muss sich für diesen Tag freihalten.

Schulungskursus der Partei

Heute abend findet, wie üblich, in der böhmischen Schule und im Kanonenhof der Schulungskursus statt. Alle Teilnehmer müssen erscheinen, da die Bücherprämien verteilt werden.

Elternvereinigung Breslauer Hilfsschulen

Die Elternvereinigung Breslauer Hilfsschulen veranstaltet Sonnabend, den 24. November, 20 Uhr, in der Aula des Magdalenen-Gymnasiums eine Elternversammlung. Referat: „Berufsfürsorge schulentlassener Hilfsschüler in Anlerwerbstätten“. Im Interesse der erstrebten, sozialen,fürsorglichen Einrichtung für die schulentlassenen Schwachfähigkeiten ist es für die in Frage kommende Elternschaft Pflicht, zu erscheinen. Auch alle an diesem Hilfswerk interessierten Kreise sind freundlich eingeladen.

Jugendaktivisten!

Sonntag findet um 20 Uhr in der Teichäder-Barade eine Zentralveranstaltung statt.

Das eingestürzte Haus

Zu einer Briefpostenansage über einen vor etwa dreißig Jahren erfolgten Hauseinsturz schreibt uns ein Leser, dass es sich wohl nicht um das Haus Berliner Straße 56, sondern Berliner Straße 58 gehandelt hat.

Ein anderer Leser schreibt uns, dass der Einsturz am 25. Februar 1900 stattfand. Das Haus habe dem Fleischermeister Dittrich gehört. Das Haus habe eine freie Giebelwand und es bestand eine Lücke zu den benachbarten Moltkeviertel. Diese wurde als Einfahrt benutzt. Später wurde das eingestürzte Haus mit der Moltkeviertel verbunden und diese aufgebaut.

Straßenumbenennung

Die „Schlesische Zeitung“ gefällt sich darin, in einem Bericht über die Versammlung eines kommunalen Spiekervereins den Vorschlag hervorzuheben, die Margaretenstraße in Narrenhausstraße umzutaufen. Der Vorschlag gelte aus Verärgerung über die sozialdemokratische Forderung, die monarchistischen Straßennamen durch volkstümliche Namen zu ersetzen. Wir sind bereit, den nationalen und volksparteischen Spiekern ein mildes Pfaster aufzuzeigen und schlagen deshalb vor, die

Kruszstraße — Kronprinzenstraße

zu nennen. Damit dürfte auch der neueren Vergangenheit des eintigen Herrscherhauses gebührend Rechnung getragen sein. Die heutige Kronprinzenstraße muss natürlich einen anderen Namen erhalten.

Ein Schritt zur Einheit

Winterseiter der Arbeiter-Jugend

Der Ruf nach Einheit in der sozialistischen Jugendarbeit wird immer stärker. Gebot des Tages ist es, die vielen Kräfte der einzelnen Organisationen zusammenzufassen, sie zu konzentrieren und eine Jugendbewegung zu schaffen, die den Jugendlichen in jeder Beziehung gerecht wird. Der Ruf ist nicht neu, schon viele Jahre wird man dafür, aber einmal muss es zur Tat werden.

Die Führer der drei wichtigsten Jugendorganisationen, Gewerkschaften, Arbeitersportjugend und Sozialistische Arbeiterjugend haben im Oktober bei einer gemeinsamen Kundgebung in Berlin den ersten Schritt zur Einheit getan. Auch wir wollen diese Gemeinsamkeit unserer Arbeit durch eine Tat befürworten, so dass der Kampf als einer der besten von vornherein angekündigt werden kann, der jemals hier stattgefunden hat.

Vom 19. Dezember im großen Saal des Gewerkschaftshauses. Jede Organisation wird einiges aus ihrer Tätigkeit zeigen. Unter anderem wird noch einmal das große Sprechchor „Der Aufstieg“ von Karl Danz vom Sprechchor der S.A.J. aufgeführt. Möge der erste Versuch von der sozialistischen Jugend so aufgenommen werden, damit ein voller Erfolg die Sache der Einheit werde.

Sozialistisches Jugendbüro

Die „Buwa“ gesichert

Finanzausschuss und Bauausschuss der Stadtverordnetenversammlung nahmen am Dienstag ernst zur Frage der Wohnung- und Werkraum-Ausstellung 1929 Stellung. Unsere Genossen Voigt und Ruffert haben die Wichtigkeit der Ausstellung für unsere Stadt und unsere Wirtschaft nochmals hervor. Ganz besonders wird sie zur Verminderung der Arbeitslosigkeit in Breslau dienen. Der Zentrumsobermeister Unterberger betonte das große Interesse des Handwerks an der Ausstellung. Mindestens ein Dutzend verschiedener Gewerbe werden Werkstätten im Betriebe zeigen und so das Interesse beleben, das sich nicht allein auf die neuen Baumethoden konzentriert wird. Nachdem sich das Handwerk auf die Seite der Sozialdemokratie stellt, traten die Deutschnationalen ihren Rückzug an. Statt des Vertreters des englischen Haushalterinteresses, Dr. Bujakowski, schieden sie Dr. Friedrich als Redner vor, der die Verständigung einzuleiten hatte. Die Meiereigemeinschaft wird Träger der Ausstellung sein. Sie erhält zum Aufbau einen städtischen Kredit von 500 000 Mark, während Dr. Bujakowski allerhöchstens 400 000 Mark bereitstellen wollte, womit die Ausstellung in der Ausführung steckenbleiben, also nicht zu machen gewesen wäre. Dafür haben aber jetzt die Kommunisten endgültig ihren Standpunkt als Gegner der Ausstellung bezogen. Sie haben diesen ihren Standpunkt mehrmals gewechselt, bis sie auf den romantischen Dreh gekommen sind, wenn die Reichsregierung für die Ausstellung Geld nach Breslau schickt, sollte es der Magistrat beschlagnahmen (!) und für den Wohnungsbau verwenden, ohne dass der Wohnungsbau zum Gegenstand einer Ausstellung gemacht wird. Wenn es kommt, dann ist es besser darauf an, Wohnungen zu schaffen, und nicht darauf, Wohnungen zu zeigen. Diesen „Standpunkt“ wollen sie heute als die allein richtige Moskauer Ansicht in der Stadtverordnetenversammlung vertreten.

Breslau im preußischen Haushalt

Der Haushaltssatzplan des preußischen Staates für das Jahr 1929 ist dem Staatrat zugegangen. Im Haushalt der Zustizverwaltung ist als erste Rate zum Erweiterungsbau für das Landgericht und das Amtsgericht in Breslau die Summe von 250 000 Mark eingesetzt worden. Die Kosten des Erweiterungsbau auf dem vorhandenen staatsseigenen Grundstück in der Graupenstraße werden auf 700 000 Mark geschätzt, zu denen die Kosten für die Ergänzung der inneren Einrichtungsgegenstände treten. Im Etat des Kultusministeriums werden angefordert: Für den Umbau des alten Dienstgebäudes des Polizeipräsidiums für Universitätswelze ein erster Teilbetrag von 300 000 Mark. Bei der Technischen Hochschule Breslau sind für die Beschaffung einer Lehrsaal- und Versuchsanlage für den Lehrstuhl für Eisenbahntechnik 15 000 Mark gefordert, für Beschaffung von Lehrmitteln für den neuen Lehrstuhl für Wasserbau 18 000 Mark und für Beschaffung von geophysikalischen Instrumenten für die neue Professur für Markscheidekunde und Geophysik 24 000 Mark.

Deutsch-Oesterreich im Lichtbild

Vortrag des Österreichisch-Deutschen Volksbundes.

In einer gutbesuchten Veranstaltung in der Hermann-Lodge hielt am Mittwoch abend auf Veranlassung der Ortsgruppe Breslau das Hauptvorstandsmitglied des Österreichisch-Deutschen Volksbundes, Direktor Wetter-Berlin einen Lichtbildvortrag über Deutsch-Oesterreich. Einleitend erinnerte der Redner an die Geschichtse, die dazu geführt haben, dass beide Länder heute noch nicht zur großdeutschen Republik zusammengekommen sind, obwohl die vorläufige Nationalversammlung nach dem Umsturz im Jahre 1918 einmütig beschlossen hatte: Deutsch-Oesterreich ist ein Bestandteil der deutschen Republik! Mag die wirtschaftliche Ohnmächtigkeit damals auch den Anschlussgedanken gefordert haben, erstes Leitmotiv war das unveräußerliche Zusammengehörigkeitsgefühl, das sich auch durch die goldenen Bergen ähnlichen Versprechungen der Entente nicht unterdrücken ließ. Freilich verboten die damaligen Umstände der deutschen Regierung es Alugheit das zu tun, was sie mit dem Herzen gern getan hätte, aber wenn der große gesellschaftliche Augenblick nicht solche kleine Menschen gefunden hätte, kann wohl behauptet werden, dass es keiner Macht der Erde gelungen wäre, das vereinigte Großdeutschland wieder zu trennen. Wenngleich nach dem Abschluss der Friedensverträge, deren Abänderung in nächster Zeit kaum zu erwarten ist, der staatsrechtliche Zusammenschluss unmöglich gemacht worden ist, so kann es jedoch heute nicht mehr verhindert werden, die Einigung vorzubereiten. Die Schaffung gleicher Gesetze, des Straf- und Bürgerrechts, der Post- und Bahnlunion können schon heute die Einigung herbeiführen, auch wenn die Grenzsäule noch stehen bleiben müssen. Leider ist es aber eine eiszeitliche Tatfrage, dass die Gegner der Einigung weniger in Frankreich, als in Deutschland zu suchen sind. Die Arbeit des Österreichisch-Deutschen Volksbundes besteht darin, den Gedanken der Einigung zu fördern, was er zu erreichen hofft, wenn er Land und Leute des deutschen Sechsmillionenpaltes an der Donau den Reichsdeutschen näher zu bringen versucht.

In hundert Lichtbildern zeigte anschließend der Redner die landschaftlichen Schönheiten aller Gegend des Landes in winterlicher Pracht. Recht eindrücklich demonstrierte er die Eröffnung des Berglandes zu Erholungs- und Wintersportzwecken durch Vorführung des Films „Die Zugspitzbahn“, der die gewaltige elektrische Anlage veranschaulichte. Mit Recht kritisierte Direktor Wetter die bayrischen Privat- und Staatsbestrebungen, die den Betrieb dieser Zugspitzbahn zu erschweren bemüht sind. Reicher Beifall dankte dem Vortragenden, der mit seinen Ausführungen den Anschlussbestrebungen seiner neuen Freunde gewonnen haben dürfte.

Phantasten als Siedler

Anfang März dieses Jahres berichteten wir von der Verhaftung zweier Personen, die ohne über Kapital oder Baugelände zu verfügen, eine große Siedlung in Hundsfeld und Sacrau erbauen wollten. Es waren dies der Detektiv Walter Rothe und der Architekt Karl Knipper. Im Februar dieses Jahres waren in den „Neuesten Nachrichten“ einige Interesse erschienen, dass ohne Baufestzugschein in Hundsfeld 900 und in Sacrau 180 Einfamilienhäuser errichtet werden würden. Jedes Grundstück sei etwa 1000 Quadratmeter groß, die Miete betrage etwa 54 Mark monatlich und nach 36 Jahren sei der Mieter Eigentümer des Hauses. Röther sei im Zimmerstraße zu ergründen. Natürlich gingen auf dieses verlockende Angebot massenhaft Anfragen ein. Diejenigen, die aber ein solches Einfamilienhaus mieter wollten, mussten eine Einzelreise gebürtig von 10–20 Mark bezahlen, der eigentliche Mietvertrag wurde bei Knipper abgeschlossen und hierfür hatten die Interessenten nochmals 6,50 und 8,50 Mark zu bezahlen. Den Bewerbern wurde auch gefragt, dass in die Häuser Strahlmärsche eingebaut würden, so dass ein großer Teil der Miete abgearbeitet werden könnte. Als das Gesetz schon einen erheblichen Umfang angenommen hatte, sah sich die Polizei das Unternehmen näher an und beschlagnahmte Bücher und Unterlagen. Rothe und Knipper standen nun in zweitürigem Verhandlung vor dem Erweiterten Schöffengericht um sich wegen gemeinschaftlich fortgeführter Betrug zu verantworten. Rothe bestreit sich strafbar gemacht zu haben, er habe Knipper nur ganz läufig gekannt und geglaubt, dass das

Unternehmen auf einer festen Grundlage stand. Knispel habe ihm erzählt, daß ihm eine Bank für Baumwolle 4 Millionen Mark Kredit bewilligt habe und daß er wegen Baugelände in Verhandlungen u. a. auch mit dem Baron v. Strachwitz stehe, auch habe er bereits mit der „Huta“ verhandelt. Knispel wiederum erklärt, daß alles schon in vollem Gange gewesen sei, als die Polizei eingriff und so alle Pläne, die durchaus durchführbar gewesen wären, durchkreuzte. Die Verträge mit den Mietern habe er abschließen lassen, bevor er nach Bauland bezog, um der Bank gegenüber etwas Greifbares in der Hand zu haben.

Der Direktor der „Huta“, der auch als Zeuge vernommen wurde, hat zwar seinen Auftrag von Knispel entgegengenommen, über er mit die Zeichnungen gesehen. Er bezeichnete Knispel als großen Phantasten, der für Paläste, wie er bauen wollte, nicht 900 Mark, sondern 8000 Mark Jahresmiete hätte fordern müssen. Nach der Vernehmung von 60 Zeugen hielt der Staatsanwalt die Anklage gegen beide aufrecht und beantragte gegen Rothe 1½ Jahre Gefängnis und gegen Knispel, der erheblich vorbestraft ist, 3 Jahre Gefängnis und gegen jeden auch Ehrenverlust. Das Gericht sprach Rothe frei, weil ihm nicht nachgewiesen werden konnte, daß er die Angaben des Knispel für unrichtig hätte ansehen müssen. Gegen Knispel lautete das Urteil auf 9 Monate Gefängnis. Auch das Gericht hält ihn für einen Phantasten und da er dennoch nicht aus verbrecherischer Neigung gehandelt hat, wurde ihm eine Bewährungsstrafe bewilligt, da das Gericht erwartet, daß ihn die drohende Gefängnisstrafe von weiteren strafbaren Handlungen abhalten wird.

Gedenkfeier für die Gefallenen des Krieges

15 000 Breslauer liegen als Opfer des Weltkrieges in sterbender Städte. Eine grauunge, erlösende hohe Ziffer, deren Bedeutung auch nicht durch die Zeit gemildert werden kann. 15 000 Breslauer Familien trauerten damals um ihre Söhne und Brüder, Gatten und Töchter. In diesen Familien dürfte die Erinnerung an die ungeheuren Opfer auch niemals erloschen.

Dieses Gedenken wachzuhalten, ist eine der vornehmsten Aufgaben des Volksbundes Deutscher Kriegergräberfürsorge und dieser Volksbund ruft alle Hinterbliebenen auch in diesem Jahre wieder zu einer am kommenden Sonntag, den 25. November, 11½ Uhr vormittags, im Breslauer Konzerthaus stattfindenden, nunmehr schon vollständig gewordenen Gedenkfeier. Keiner bleibe im Hause, dem ein solches Gedanken noch etwas gilt.

Aber auch alle übrigen Volksgenossen werden sich der Pflicht der Dankbarkeit den Millionen Todesopfern des Weltkrieges gegenüber bewußt werden, wenn sie einer solchen erhebenden Zeremonie beizuhören, die außerdem noch eine besondere hohe Ausgabe dadurch erfüllt, daß sie alle Volksgenossen, ohne jeden Unterschied der Konfession, der Parteiangehörigkeit, der Klasse zu einigen besteht.

Alles nähere über Mitwirkende, Preise usw. besagen die Blätter an den Anschlagböhlen.

Um das Einfrieren der Hauswasserleitungen

und besonders der Wassermesser zu verhüten, muß der Wassermesserschacht mit doppeltem Holzbodag versehen sein und gleich dem Meister mit Stroh oder dergleichen verpackt werden. Steht der Meister im Keller, so sind die Küllerstufen den Winter über geschlossen zu halten und gut zu verpacken. Wo Hofflosets vorhanden sind, ist die Grube ebenso wie der Wassermesserschacht zu behandeln. Die Entleerungshähne müssen während der Frostzeit geschlossen sein. Die Küllerdecken sind mit einem gut löslichen Holzdebel abzudecken, da sonst die Auslaufförchen an den Boden leicht zufrieren und Wasser durch die Entleerungen verloren geht. Um die Möglichkeit einer Verstopfung der Wasserleitung auszuschließen, ist zur Verpackung nur sauberes Material, reines Stroh, Kartoffelkästen, alte Säcke und dergleichen zu verwenden. Das Ausfüllen der Wassermesserschacht mit Mist, verfaultem Stroh und sonstigen gefundheitsgefährdenden Stoffen ist streng verboten. Bei Schachten mit Doppeldecken genügt die Ausfüllung des Zwischenraumes zwischen den beiden Deckenleitungen, die den Winter über unbewegt bleiben, sind außerdem durch den Privatabsperrhahn zu schließen und zu entlüften.

Fliegen im Winter

Dem amtlichen Preußischen Pressedienst wird von dem Landesausschuß für hygienische Volksbelehrung gescheitert:

Während der kalten Jahreszeit treten die Fliegen in Wohnräumen, Küchen usw. nur noch vereinzelt auf, und diese einzelnen „Winter- oder Brotkäfige“ pflegt man oft nicht nur zu dulden, sondern als Rarität ganz besonders zu pflegen. Allein den Winterfliegen gegenüber ist solche Schönung durchaus nicht angebracht. Jede weidliche Fliege, die den Winter überlebt, kann bei Eintritt wärmerer Witterung im Frühjahr ihre Eier ablegen und dadurch in erheblichem Maße zur Entstehung der sommerlichen Fliegenplage und ihren gesundheitlichen Gefahren beitragen. Deshalb sollte jede im Spätherbst oder Winter auftretende Fliege sorgfältig vernichtet werden. Als Mittel hierzu kommen u. a. in Frage: Erstickungen mittels Fliegenklischee oder Töten durch Aufhängen von Papierstreifen, die mit Fliegenleim bestreichen sind. Auch das Aufstellen von Flüssigkeiten, die für Fliegen giftig sind, ist zweckmäßig, jedoch muß dafür gesorgt werden, daß diese Gefäße für Kinder und Haustiere unzugänglich sind.

Ganz besondere Bedeutung kommt der Fliegenbekämpfung in Stallungen, auch während der kalten Jahreszeit, zu. In Ställen mit genügend hoher Temperatur kann nämlich die Fliegenentwicklung auch während der kalten Monate ununterbrochen vor sich gehen, sodass die sommerliche Fliegenplage auf dem Lande sich mit schon früh in erheblichem Maße ausbreite. Außer den oben genannten Verunreinigungsmitteln ist für die Fliegenbekämpfung in Stallungen die Verhäutung von getrocknetem, fein gemahlenem Insektenpulver, wie es unter den verschiedenen Namen in den Handel kommt, zu empfehlen. Durch das sogenannte „Baden“ des Mistes, in dem die Fliegenbrut läuft, kann und soll sich entwinden, muß ferner für möglichst reelle Vernichtung aller Fliegeneier, -larven und -puppen georgt werden. Die Fortführung der Fliegenbekämpfung während der kalten Jahreszeit und im Frühjahr ist insofern eines der wichtigsten Vorbeugungsmittel gegen die Gesundheit des Menschen und seiner Haustiere gefährdende Fliegenplage und sollte in weit größerem Umfang Anwendung finden, als es im allgemeinen geschieht.

* * * * * feierte am Dienstag der vierjährige Carl-Josef-Ball, Ballstraße 18, mit seiner Frau Anna geb. Möllie. Die „Bolschewik“ ist seit Beginn der Kriege in der Familie. Seine feierte der Dreher Robert Kallert, Kommitzstraße 29. Silberhochzeit mit seiner Frau Amalie geb. Sachs. Die „Bolschewik“ ist jetzt zwanzig Jahre in der Familie. Wir danken beiden Paaren alles Gute für die weitere Zukunft!

* * * * * Die Feierabende bei der Zwanzigjahrfeier im Gewerkschaftshaus wurden von der Naturfreundejugend ausgeführt. Wir hatten sie in unserem Bericht mit der Arbeitsergebnis verzeichnet.

* Ein italienisches Männer-Singkreis lud zu der Ober-Großherrenfeier am Dienstag den Vierjährigen Carl-Josef-Ball, Ballstraße 18, mit seiner Frau Anna geb. Möllie. Die „Bolschewik“ ist seit Beginn der Kriege in der Familie. Seine feierte der Dreher Robert Kallert, Kommitzstraße 29. Silberhochzeit mit seiner Frau Amalie geb. Sachs. Die „Bolschewik“ ist jetzt zwanzig Jahre in der Familie. Wir danken beiden Paaren alles Gute für die weitere Zukunft!

* * * * * Die Feierabende bei der Zwanzigjahrfeier im Gewerkschaftshaus, den 25. November, um 18 Uhr, werden sie im Circus Busch die Kreismannschaften Thüringen-Lausitz und Schlesien im Wettkampf messen. Die Liederpreise und Preisgelder verfügen über sehr gute Preise, welche sowohl in der Landesmannschaft des Arbeiter-Kunst- und Sportvereins international, betrachtenswert gegen die zu jener Stunde liegenden

Gewerkschaftshaus-Lichtspiele

2 Großräume:

Die Ausgestoßenen

ein Film gegen die Vorurteile der Menschen:
„Wenn einer vorbestraft ist“

Dazu:

Die Königin des Varietés

Jugend verboten Einheitsplatz 50 Pf. mit Ausweis

Schweizer Geräteturner, mitwirken. Auch die Schleifer sind für diesen Kampf gut vorbereitet und es wird zu sehr spannenden und interessanten Kämpfen kommen. Ergänzendes werden die Turnerinnen auf dem Gebiete der rhythmischen und der modernen Gymnastik zeigen. Wir weisen auf unser heutiges Interat.

* Die Handpuppenpielen im Schiedsgericht, Karl-Str. 48/49, werden am Mittwoch, dem 28. November, 16½ Uhr, stattfinden.

* Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit. Freitag, den 23. November, 20 Uhr, im Sitzungszimmer der „Vier Jahreszeiten“ (Gartenstraße) Vortrag des polnischen Generaltonius Dr. A. Szczepanski - Beuthen über „Jan Kasprowicz - Dichter und Denker“. Gäste willkommen. Eintritt frei.

* Durch einen Feuersturm immer verlegt. Am Dienstag vormittag zerstörte die Witwe Klara Kuhn, Laurentiusstraße 12, als sie beim Überstreiten des Fahrdammes an der Ecke Schwedter und Orlauer Straße die Bordsteinchwelle versahste und stürzte. Sie stieg so heftig auf das Pfaster, daß sie erhebliche Verletzungen erlitt und in das Allerheiligsten-Hospital eingeliefert werden mußte. - Am Haupteingang der Marthalle Ritterplatz glitt am Dienstag mittag die Ehefrau Erna Kuhn, Rupperschmidestraße 10 wohnhaft, auf einem fortgeworfenen Obstrest aus, stürzte und erlitt Verletzungen, die ihre Einlieferung in das Allerheiligsten-Hospital erforderlich machte.

* 1300 Mark unterschlagen und geschrückt. Am Sonnabend erhielt die in der Fabrik von Dr. Kotschinski beschäftigte 16jährige Kontoristin Mathilde Skalek, Alsenstraße 52, wohnhaft, den Auftrag, bei einer hiesigen Bank 1800 Mark abzuheben. Sie sollte mit diesem Geld zwei Rechnungen bei verschiedenen Firmen beglichen. 500 Mark bezahlte sie auch bei einer Firma, mit den übrigen 1300 Mark ist sie aber verschwunden. Wie die polizeilichen Ermittlungen ergeben haben, befindet sich in ihrer Begleitung der 19jährige Kellner Martin Hoffmann, Friedrichstraße 50 wohnhaft, der abwechselnd schwarze Hornbrille oder Einglas tragen und sich den Vornamen Herbert aulegen soll. Zweidimensionale Angaben über die beiden Personen werden an die Betriebsabteilung der Breslauer Kriminalpolizei erbeten.

* Geöffnet wurde ein wohnungsloser Verleger Georg M., der durch Urlaubsfälschungen und andere Beträgerien einen hiesigen Kaufmann um 550 Mark schädigte, indem er Grammophontonträger und Bandbücher von ihm erzwindete. - Von einer Fahndungsstreife wurde am Dienstag nachmittag auf der Schubbrücke der seit langer Zeit von der Staatsanwaltschaft in Dresden ständig verfolgte Kaufmann Mag. Jähnchen erfaßt und festgenommen, der wegen schwerer Urlaubsfälschungen gesucht wird und sich hier verborgen hielt.

* Folgen eines Zusammenstoßes. Als an der Ecke Ring, Schweidnitzer und Orlauer Straße am Dienstag mittag ein Auto und ein Straßenbahngespann der Linie 2 zusammenstießen, wurde durch das schwere Bremsen des Straßenbahngespanns die am Motorwagen vorne aufgelegte Weichenstellstange heruntergeschleudert und traf die vorübergehende Verläuferin Magdalene Kuhnert, Paradiesstraße 26, und verletzte sie schwer. Mit einem Krankenwagen rauschte die Verletzte in das Allerheiligsten-Hospital eingeliefert werden.

* Todliches Straßenunfall. An der Ecke Huben- und Georgenstraße wurde am Dienstag um 17 Uhr die 30 Jahre alte Ehefrau Klara Regel, Hubenstraße 95 wohnhaft, beim Überstreiten der Straße von einem LKW-LKW umgefahren und schwer verletzt. Auf dem Transport nach dem Kranz-Hanke-Krankenhaus ist die Schwerverletzte gestorben.

* Mit Seifenkreisslösung vergiftet. In seiner Wohnung Klosterstraße 134 trank am Montag abend der 32 Jahre alte Arbeiter Artur W. Seifenkreisslösung, um freiwillig sein Leben zu beenden. Als der Lebensmüde aufgefunden wurde, war er bereits tot.

CIRCUS BUSCH

Montagabend, den 25. November, nachmittags 3 Uhr
Großer Gerätewettbewerb im Kunstturnen

der Kreismannschaften 201

Zwillingen + Laufe + Gleitzen

Die besten deutschen Arbeiterturner am Start.

Moderne Gymnastik des Kraft-Vehicle.

Einfach 2 Uhr Eintritt: Vorverkauf 0.80, an der Kasse 0.80

Breslauer Schule

Der Herzschlag der Welt

Ein Film gegen den Krieg

Der Herzschlag der Welt sind die Soldatenkatastrophen, die in allen europäischen Ländern in Bewegung seien, um mit Gott für die gerechte Sache der eigenen Nation in den Tod zu ziehen. Die Folgen dieses Weltkrieges löst der Film an dem Sozialrat einiger Menschen lebendig werden, die das zu der Zeit des Weltkrieges erlebten, was Millionen Menschen erleben magen. Objektive Gestaltung der Gesellschaften, der Gewalten, der Helden, die die europäischen Völker auf die Schlachtfelder trieb, wo sie unter Anruhung Gottes zu Millionen hingerichtet werden, damit ihre Leiber einen Schwall um die dahintergebildeten Großwieden bildeten, die es als eine große heilige Sache bezeichneten, für das Vaterland zu sterben, weil sie selbst durch die Leidenschaften für den Krieg so in Anspruch genommen waren, daß sie für diese heilige Angelegenheit keine Zeit erübrigen konnten.

Sind es Einzelgeschäfte, die dieser „Herzschlag der Welt“ entstehen? Nein und nein, es sind die Erfahrungen ganzer Nationen, die von einer Schar Künstler bildhaft gemacht und bei jedem Menschen Erinnerungen wachzurufen werden. Millionen werden fühlen: Das ist ein Stoff von mir!

Der alte Professor, der seine Lebensaufgabe darin erblickt, für den Freiheit einzutreten und deswegen dem Hitler überantwortet wird, seine Enkelin, das junge Weib, das sich am Tage der Kriegserklärung dem Freiheitserwerb widersetzt, den die Order des Freiheitsschlags herausreicht und in den Universitätsplatz bringt, der verzogene Vater des jungen Mannes selbst, Böhme, angehende Höher erinnert (leider illustriert der Film das Werden des Kriegsgegners nicht näher), der aber trotzdem das junge Weib seines Sohnes dem französischen General der Wehrmacht überantwortet, weil der Kriegskunst nicht patriotisch wird und seine Friedensliebe nicht ausgibt, der

Sozialdemokratische Partei

Partei-Sekretariat: Gewerkschaftshaus, Zimmer 16/17.

Telefon-Nummer: 50060/50061.

Geöffnet außer Sonnabend von 8-1 und 4-7 Uhr.

Achtung, Schriftsteller, Distriktsleiter! Von einigen Distrikten fehlen noch die Berichte über die Distriktsversammlungen. Sorgt für sofortige Einladung an FrauenleiterInnen! Auch Ihr müßt über die stattgefundenen Frauenversammlungen sofort berichten! Morgen besuchen alle Frauen die öffentliche Versammlung im „Bürgertreff“, in der Genossen Halle. Waldenburg spricht.

Distrikt 1. Wer sich an den Aufführungen zur Weihnachtsfeier beteiligen will, erscheint Freitag abend 9 Uhr im „Schülerclub“ (Schülertraube).

Distrikt 2. Freitag, 29. November, 20 Uhr, Sitzung jährlicher Funktionäre und Komitee-

Distrikt 3. Heute abend 20 Uhr, wichtige Distriktsversammlung in der Vorstadt der SWJ, Leibnitz. Referent Genosse Arnold.

Zentralistische Arbeitsgemeinschaften

Gruppe Orlauer Tor (Volksschule Brodauer Straße). Wk. beginnen Freitag mit unserer Winterarbeitsgemeinschaft. Das kommunistische Montags-, Freitags- und Sonntags-Workshop unserer Mitglieder ist Wirklich. Wir bitten, in unten Gemeinde-

Gruppe Bülowstraße-Nikolaikirche. Freitag wird bei uns Genosse Kursus, zahlreich mit sehr eingeschränkt.

Gruppe Bülowstraße-Nikolaikirche. Freitag wird bei uns Genosse Kursus, zahlreich mit sehr viel Gästen zu erleben.

Sozialistische Jungordnung

Nutzung Nord. Heute 20 Uhr Antreten in der Turnhalle. Die vorigen Donnerstag begonnene Übungen werden fortgesetzt. Die Kameraden werden aufgerufen, sich möglichst Turnzettel mitzubringen.

Abteilung Ost. Der Kreislauf ist heute 19.30 Uhr am Mauritiusplatz.

Abteilung West. Der Gruppenabend findet bei Bräuer, Bülowstraße, statt. Da wir am 1. Dezember unsere Fahnenweihe bei Bräuer, Bülowstraße, haben, müssen

alle Genossen erscheinen.

Sitzung, Zeitnahmen! Alle Genossen, die noch Zeitnahmen in ihrem Besitz haben, müssen sie heute abend in die Petalozzi-Turnhalle mitbringen.

Sozialistische Arbeiters Jugend

Heute Freitag, 20 Uhr, Teilnahme an der Frauenversammlung im Oberdorf.

Heim 1 (Kleinkrautstraße). Teilnahme an der Frauenversammlung im Oberdorf.

Heim 2 Schulhaus Orlauer Straße. Heimabend. (Siehe Näheres in der morgigen Zeitung.)

Heim 3 (Venderschule, Lehndamm). Ausgestaltung der Frauenversammlung im Oberdorf.

Heim 4 (Spindelstraße, Lehrerinnenseminar). Lesestunde: „Das Tagebuch eines jungen Schülers“. Else Reentsch-Löw.

Heim 5 (Schulhaus Anderseinsstraße). Arbeitsgemeinschaft: „Vom Handwerker zum modernen Arbeiter“. Helmut Pech.

Heim 6 (vgl. Schule, Kosel). Arbeitsgemeinschaft: „Vom Klassenzwang zur Freiheit“. Max Seidel.

Heim 7 (Vorstadt an den Teichhäusern). Auspracheabend.

Heim 8 (Viertelschule). Arbeitsgemeinschaft: „Vom Klassenzwang zu

Freiheit“. Fritz Ohligs.

Heim 9 (vgl. Schule Rosenthal). Vortrag: „Gedenkstunde unserer Tochter“. Arbeitsgruppe „Gedenkstunde unserer Tochter“.

Heim 10 (vgl. Schule Rosenthal). Vortrag: „Gedenkstunde unserer Tochter“.

Abteilung Süd. Wer und agitiere für die Sonnenwanderer der arbeitenden Jugend am Mittwoch, dem 19. Dezember, im großen Saal des Gewerkschaftshauses.

Alle alle Helme! Die Theatervorstellung in diesem Monat findet Freitag, den 7. Dezember, statt. Näheres wird noch bekanntgegeben.

Freigewerkschaftliches Jugendkloster

</

Die Verfassung der Diktatur

Die Verfassungsreformen gehören zum täglichen Brod der italienischen Diktatur. Ohne grundlegende weltanschauliche und programmatiche Bindung, in steirer Hoffnung neuen Parolen und Zielstellungen, die die innere Unmöglichkeit, ein zivilisiertes Volk eines zu großen Teilen kapitalistisch entwickelten Landes diktatorisch zu "regieren", verdecken und den Mangel der Meinungsfreiheit überdecken sollen, hat der Faschismus schon die verschiedensten Verfassungsänderungen angestrebt oder — auf dem Papier — verwirklicht.

Ursprünglich waren die "Fasci di combattimento" republikanisch, und ihr in den stürmischen Tagen des Jahres 1919 veröffentlichtes Aktionsprogramm enthielt unter anderem die Forderung nach gleidem und geheimem Verhältniswahlrecht für beide Geschlechter. Mit der zunehmenden Indienststellung der anwachsenden faschistischen Bandenherren in die Interessenpolitik der Agrarier und Kapitalisten wechselte man ohne große innere Beschwerden zum monarchistischen Prinzip hinüber, sodass Mussolini, unbeschwert von programmatichen Bindungen, vom König mit der Bildung des ersten faschistischen Koalitionskabinets beauftragt werden konnte, das zuerst auf durchaus parlamentarische Weise regierte und sich von der bürgerlichen Mehrheit ein Ernährungsgesetz votieren ließ. Nur die außerlegale Macht des faschistischen Privatheeres, die tatsächlich die Herrschung der Provinz durch die Banden der Miliz zeigten das Außergewöhnliche dieses Zeitalters im Rahmen der Albertinischen liberalen Verfassung stehenden politischen Zustandes an. Dann, nach dem Matteotti-Mord, als die Welt und Italien erschauernd feststellten, dass in Rom heiligen Tages, mit sichtbarer Unterstützung staunender Instanzen, ein Abgeordneter geraubt und ermordet werden konnte, als daraus aus Sozialisten und bürgerlicher Linie das Parlament verliehen, begann der Faschismus allmählich nach neuen Formen der staatlichen Verfassung zu suchen, die den Status quo der faschistischen Herrschaft rechtfertigen sollten. Vor der Matteotti-Mord war ein neues Wahlgesetz geschaffen worden, das die sogenannte eiserne Mehltheit sicherte. Erreichte die faschistische Liste — mit Hilfe des Terrors — 40 Prozent der Stimmen, so befam sie — 75 Prozent der Siche, während die Siche der Opposition nach einer komplizierten Methode unterstellt wurden. Seine große Rede gegen dieses Wahlsystem und den Wahlterror war die sichtbare direkte Ursache zu dem grauenhaften Mord an Matteotti gewesen.

Nach der Auswanderung der Opposition tagte die faschistische Mehrheit des Parlament weiter und bestätigte alle vom Ministerrat des nunmehr ganz faschistischen Kabinetts erlassenen Dekrete mit der Regelmäßigkeit einer gut funktionierenden Maschine. Doch das parlamentarische System war theoretisch immer noch aufrecht erhalten, und man ersah sogar ein neues Wahlsystem, das zum Einermahlkreis zurückkehrte und so der terroristischen Wahlbeeinflussung noch weiteren Spielraum geben sollte. Dieses Gesetz ist praktisch nie in Wirklichkeit getreten, sondern von der Verfassungsreform vom März 1927 überholt worden, die eine "Wahl" auf Grund von Vorschlagslisten der — faschistischen — berufständischen Körperschaften vorstellt, in der Weise, dass der Wähler, alter Qual und Mühen überhoben, nur mit Stein oder Fa über eine einzige, vom faschistischen Großen Rat aufgestellte Liste abzustimmen hat.

Die von den diktatorisch regierten Körperschaften vorgeschlagenen Personen werden also von dem faschistischen Parteirat gegeben und dann beim Unterricht der faschistischen Diktatur zur Annahme vorgelegt. Bei den gegenwärtigen, den Faschismus weit übertreffenden Beschränkungen der persönlichen Freiheit ist natürlich nicht daran zu denken, dass diese Liste etwa nicht — mit der Mehrheit der abgegebenen — Stimmen angenommen werde. Hier wurde der erste Schritt zur rechtlichen Angleichung an den bestehenden Zustand getan, die "Leberwidrig" der Demokratie auf dem geduldigen Pavier einer längst zerstörten Verfassung verwirklicht. Man proklamiert das Prinzip der Aussicht, das ja stets der Tyrannen als Feigenblatt zu dienen pflegt. Doch diese Reform war noch nicht in Wirklichkeit getreten, dem raschsten Streben des Faschismus nach neuen Parolen war noch nicht genüge getan, das "System" noch nicht perfekt. Es folgte die "Charte der Arbeit", die im Grunde nichts bezogt, jedoch als offizielle Anerkennung des ständischen Charakters der faschistischen Gesellschaft" angepriesen wird und neuverdings ein Gesetzentwurf über den Großen Faschistischen Rat, der das Ende der Albertinischen Verfassung besiegt und die Diktatur der faschistischen Elite in raffinierter Weise in ein kompliziertes System von gegenwärtigen Ernennungskompetenzen fügt. Der einstmals gewählte, dann ernannte Große Rat der faschistischen Partei wird nach diesem Entwurf zu einem Bestandteil der Staatsverwaltung, und zwar zur mächtigsten, allumfassenden Körperschaft. Das ist vorweg schon in unzweideutigen grundförmlichen Worten des § 1 des Gesetzentwurfs ausgedrückt. Der Große Rat bestimmt nach § 11 über die dem Wähler vorzulegende einzige Deputiertenliste, über Statut, Verwaltung und politische Direktiven der faschistischen Partei, über die Ernennung und Absetzung des Parteidirektoriums und des Parteifretters und gibt obligatorische (1) gesetzliche Beuerungen über alle Verfassungsfragen ab, wobei diese Verfassungsfragen noch im einzelnen angeführt werden.

Sie umfassen: die Thronfolge sowie die Rechte der Krone, Zusammenziehung und Täglichkeit des Gran Consiglio, des Senats und der Deputiertenkammer sowie die Rechte des Regierungschefs und das Recht, rechtsverbindliche Verordnungen zu erlassen. Außerdem gehören zu diesen "Verfassungsfragen" die gesamte ständische Organisation und die "Auch"gewerkschaften und Arbeitgeberverbände, die Beziehungen des Staates zum Heiligen Stuhl sowie die internationalen Beziehungen des Staates. Nach § 12 des Gesetzentwurfs hat der Große Rat außerdem die Aufgabe, Listen von Personen auf dem Laufenden zu halten, die würdig sind, den Posten des Regierungschefs oder eines Ministers im Falle der Rücktritt einzunehmen.

Die Machtvollkommenheit dieser Körperschaft ist also unumstritten, greift sogar in die Rechte der Krone ein und stellt damit das de jure noch bestehende monarchistische Prinzip als solches in Frage, denn die Albertinische Verfassung kannte keine Frage der Thronfolge und Thronrechte. Diese waren eindeutig und begrenzt bestimmt. Der Tag, an dem die Dynastie Mussolini, für die eisige Historiker schon einen höchsteiden Stammbaum proklamiert, scheint also nicht mehr fern zu sein. Wie sieht nun die Körperschaft aus, die diese außergewöhnlichen Machtvollkommenheiten übernimmt und damit zum Kernstück des faschistischen Staates wird? Sehr einfach, sie wird, getreu dem diktatorischen Prinzip, auf Vorschlag des Regierungschefs vom König ernannt. Die Ernennung kann jederzeit durchgeführt werden, sodass der Diktator die geheimtümliche Versammlung vollständig in der Hand hat. Die Ernennung erfolgt aber nicht beliebig, sondern nach einer im § 4 aufgeführten Liste, die umfasst: als ständige Mitglieder des Großen Rates:

diejenigen, die als Regierungsmitsieder bereits drei Jahre Mitglied des Großen Rates waren;

das Quadravirat des Marches auf Rom; die ehemaligen Parteisekretäre seit 1922 (Parteisekretär ist in Italien etwas dem deutschen Vorstandsgleichzugehörigen), und als Mitglieder auf die Dauer ihrer Funktion;

der Präsident des Senats;

der Präsident der Kammer;

die Minister und Unterstaatssekretäre des Ministerpräsidenten;

der Oberkommandierende der faschistischen Parteimiliz;

das gesamte Direktorium der faschistischen Partei;

der Präsident der Italienischen Akademie und

der Präsident des politischen Instituts für Kultur;

der Vorsitzende der Kinderorganisation Ballila;

der Präsident des Ausnahmegerichts zum Schutz des Staates (1), und schließlich

die Vertreter der Stände, das heißt:

der Vorsitzende des faschistischen Genossenschaftsinstituts und die Präsidenten der Arbeitgeber- und Arbeitnehmer-

korporationen.

Da die Körperschaften für die Arbeitnehmer in einer,

die Arbeitgeberverbände aber in mehreren Zentralorganisationen

(Confederazioni) zusammengefasst sind und deren Präsidenten

die Vertretung im Großen Rat bilden, ist das nötige "Gleich-

gewicht zu Gunsten der Arbeiter, soweit sie durch diese merk-

würdigen Verbände überhaupt als "vertreten" angesehen werden

könnten, hergestellt.

Das Blatt der "Arbeiter-Korporationen", "Lavoro d'Italia", kommentiert diesen Gesetzentwurf, dessen Verabschiedung durch das Rumpfparlament keinen Zweifel unterliegt, mit dem wunderbaren Satz, dass der Grundzusatz der Wahl keineswegs abgeschafft sei, sondern lediglich an Inhalt und innerem Wert einer klugen, weisen, moralischen und verantwortungsbewussten Maßnahme") gewinne, also sozusagen verehrt wurde. Die bisherige Art, den Grundzusatz der Wahl zu verwirken, habe darunter gelitten, dass feinerer Garantie für das Rennen der Personen und die Wahlfähigkeit der Abstimmung gegeben war. Hier sei das Regime derartigen verwirkt, die den Prinzipien gehorchen und zeigen, dass sie würdig, verständnisvoll und mitarbeitsbereit seien. Die ganze Lendensonne Begründung, die man in einer beliebigen völkischen deutschen Zeitung nachlesen kann, richtet sich bezeichnenderweise gegen — die Opposition, die doch gar nicht mehr existieren soll, die materiell und angeblich auch geistig vernichtet wurde, gegen die Opposition, die das faschistische Regime nicht einmal die Freiheit des Denkens zu lassen gewillt ist.

Siebzehn Jahre faschistischer Herrschaft, siebzehn Jahre blutigen Triumphs haben also noch nicht vermocht, die Furcht vor einem vorsätzlich besiegen Gegner zu besiegen. Hinter dem Spottbild einer Volksvertretung, wie sie der Faschismus in den Zwangskorporationen, in dem zukünftigen "Parlament" und in seinem ernsten und absehbaren Großen Rat schafft, steht unsichtbar, aber mächtig die drohende Rebellion eines geknechteten, misshandelten Volkes.

*) "Lavoro d'Italia", 10.11.28, Leitartikel von Paolo Orano,

Geipel hereingefallen

Die Verfassungsänderung von den Sozialdemokraten abgelehnt

Wien, 20. November. (Eigener Drahtbericht.)

Die Sozialdemokratische Fraktion lehnte am Dienstag die Vorschläge des Bundeskanzlers, den Bundespräsidenten künftig in direkter Wahl durch das Volk wählen zu lassen und ihm das Recht zur Auflösung des Nationalrats bzw. zur Ernennung der Regierung zu geben, einstimmig ab. Da die Vorschläge verfassungsändernder Natur sind, ist ihr Scheitern mit dieser Stellungnahme der Sozialdemokratie besiegelt.

Paris, 20. November. (Eigener Drahtbericht.)

Die Regierung prüfte am Dienstag im Ministerrat eingehend den augenblicklichen Stand der Reparationsverhandlungen, insbesondere die Frage der Ernennung der französischen Delegierten zur Sachverständigenkonferenz.

Der Ministerrat kam ferner nach Anhörung von Ausführungen des Außenministers Briand über die Mission Paul Boncour zu dem Schluss, den Posten eines Völkerbund-Delegierten nicht wieder zu bekleiden. Maßgebend für diesen Entschluss war, wie mitgeteilt wird, die Erwagung, dass die Vertretung der französischen Interessen in Genf durch den Außenminister Briand genüge. Der wahre Grund dieser Entscheidung dürfte in der Schwierigkeit eines Erlasses für Paul Boncour liegen.

Meinungsverschiedenheiten unter den Alliierten

Über die Rechte der Sachverständigenkonferenz

Paris, 21. November. (Eigener Funkbericht.)

Außenminister Briand empfing am Mittwoch nachmittag den englischen Botschafter Tyrell zu einer längeren Aussprache über die Bildung des Sachverständigenkomitees. Die offensichtliche Verschiebung der Vorberatungen im Lager der Alliierten ist darauf zurückzuführen, dass bezüglich der Kompetenz und Zusammensetzung des Komitees innerhalb der Alliierten wohl selbst noch keine restlose Einigung besteht. Der Deutschen Auffassung, der folge das Komitee in volliger Unabhängigkeit seine Arbeiten vornehmen soll, steht — wie wir zu wissen glauben — eine der alliierten Regierungen nicht ablehnend gegenüber, während die französischen Regierungen nach wie vor darauf bestehen, dass dem Komitee allein die Feststellung der Zahl und Höhe der deutschen Unnützkeiten zu stehen, wobei im übrigen das Programm von Chamberlain — restlose Deckung der Schulden an Amerika, gewisse Teileinschädigung für den Wiederaufbau — von vornherein bindend sein soll. Bis jetzt hat es nicht den Anschein, als ob die alliierten Regierungen zu einer gemeinsamen Einigungsformel gelangt wären.

Paris, 22. November. (Eig. Funkbericht.)

Die Pariser Presse ist sich einig darüber, in dem gestrigen Besuch des englischen Botschafters bei Briand ein Ereignis von größter Tragweite sehen zu müssen. Während die meisten Blätter die Ansicht vertreten, dass dieser Besuch die Einigung zwischen London und Paris über die Haltung der Alliierten gegenüber den bevorstehenden Reparationsverhandlungen um ein gutes Stück weitergedracht habe, behauptet das "Echo de Paris", dass dieser Besuch eine grundsätzliche Schwenkung in der Haltung Englands ankündige. Man darf nicht übersehen, dass der englische Botschafter nicht bei Poincaré, sondern bei Briand vorgesprochen habe. Das scheint darauf zu deuten, dass nun das Foreign Office in die Verhandlungen einzutreten beabsichtige, während bisher das Schamoni allein das Wort gehabt habe. Weiter behauptet dann das "Echo de Paris", es sei nun bestimmt, dass die Sachverständigen in voller Freiheit nach dem deutschen Wunsche auch die Debatte von 1924 über die Zahlungsfähigkeit Deutschlands wieder aufnehmen dürfen. Da nun über die alliierten Sachverständigen durch die Reparationskommission ernannt werden würden, sei immerhin eine starke Garantie gegeben, dass die Sachverständigenarbeiten sich im Rahmen des bisher auf dem Reparationsgebiet erreichten halten würden.

Im übrigen bestätigt die gesamte Pariser Presse, dass die vier beteiligten Mächte nur zwei Delegierte zur Sachverständigenkommission ernennen werden. Der "Gazzettino" weiß noch zu berichten, dass die Teilnahme der Amerikaner an der Sachverständigenkommission in der einfachen Weise gelöst werden, dass die Alliierten und die Reichsregierung gemeinsam eine Einladung an zwei amerikanische Finanzgroßen privat richten würden.

Der "Espresso" glaubt heute auf Grund angeblicher seiter Informations, erneut versichern zu können, dass die Eröffnung der zweiten Rheinlandzone bei Beginn der Sachverständigenverhandlungen, also noch in diesem Jahre, erfolgen werde.

Das Treiben der Faschisten in Belgien

Brüssel, 20. November. (Eigener Drahtbericht.)

In der Kammer interpellierte der Brüsseler Sozialist über die Umtriebe italienischer Faschisten in Belgien. Der liberale Justizminister Janssen erklärte in seiner Antwort, er wolle die friedliche Propaganda von Ausländern nicht hindern, ob sie nun faschistisch oder antisowjetisch sei. Wenn Antifaschisten juristisch verfolgt würden, so gefährde das nicht auf seine Veranlassung, aber er könne der Staatsanwaltschaft keine Befehle erteilen. Friedliche Arbeiter würden nicht ausgewiesen, sondern nur unerwünschte Elemente.

Diese Erklärung wurde von den Sozialisten mit Widerspruch aufgenommen, dagegen zollten sie dem Verbrechen des Justizministers Beifall, da in Zukunft das Erscheinen italienischer Schwarzhunde in Belgien nicht mehr geduldet werden solle.

Die Verhandlungen zwischen Tokio und Nanking vertagt

London, 22. November.

Die Verhandlungen zwischen der Nanlinger und Tokeier Regierung über Beilegung der zwischen beiden Ländern schwelenden Streitfragen sind auf einem sootigen Punkt angelangt. Die Verhandlungen zwischen Außenminister Wang und dem japanischen Generalstabschef Yada, die bereits zweimal unterbrochen worden waren, sind einstweilen auf unbestimmte Zeit vertagt. Die Unterbrechung der Verhandlungen wird auf den Druck der Kuomintang auf die Nanlinger Regierung zurückgeführt.

Breslauer Produktionsbörse vom 20. November

Amtliche Notierungen der an der Breslauer Produktionsbörse vom 19. November 1928 geäußerten Preise in Reichsmark bei sofortiger Bezahlung mit für Karrenfahrer gilt der Erzeugerpriis ab Erzeugstation Breslau in vollen Waggonladungen. — Tendenz: Getreide: Beste Stau; Broghetrie: Steigend; Getreidemittel: Behauptet. — Futtermittel: Behauptet.

Tägliche amtliche Notierungen (100 kg)

| Getreide: | 20. | 19. |
|-----------------------------------|-------|-------|
| Weizen 75,5 kg Eff. G. min. p. l. | 21,20 | 21,20 |
| Roggen 71,2 kg | 20,30 | 20,30 |
| Hörse, mittlerer Art u. Güte | 20,50 | 20,50 |
| Braunerger, gute | 24,00 | 24,50 |
| Braunerger, mittl. Art u. Güte | 22,00 | 22,50 |
| Wintergerse | 21,00 | 21,00 |

Amtliche Notierung für Mühlenerzeugnisse (je 100 kg)

| 20. | 19. | 20. | 19. | | |
|--------------------|-------|-------|--------------------|-------|-------|
| Weizenmehl | 29,75 | 29,75 | Auszugmehl | 83,50 | 85,00 |
| Roggenmehl | 27,75 | 27,75 | | | |

Die Preise verlieren sich bei Weizen und Roggenmehl für Type 70 prozent, feineren Sorten werden höher bezahlt.

| Getreidearten: | 19. | 15. | 19. | 15. |
|-------------------------------------|-------|-------|-------|-------|
| Müsliart, Art und Güte leicht. Güte | 34,00 | 34,00 | 34,00 | 34,00 |
| Winterart | 37,00 | 37,00 | 37,00 | 37,00 |

* Keine zu Speiszelzwecken geeignete Qualitäten werden höher bezahlt.

